

A2NEU2 Zeit für einen Klimakanzler!

Antragsteller*in: KV Südthüringen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen

2 Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute
3 vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der
4 Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums
5 Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der
6 menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem
7 Alltag.

8 Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser
9 Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und
10 streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2
11 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu
12 unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der
13 Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum
14 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also,
15 als man bisher angenommen hatte!

16 Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die
17 Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer
18 noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen des globalen Südens.

19 Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren
20 uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen
21 abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise
22 ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das
23 zwar ein wichtiger Beitrag. Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur
24 bewältigt werden kann, wenn wir unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir
25 stehen vor einer neuen industriellen Revolution, die fossile
26 Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in einer dekarbonisierten
27 Wirtschaft ermöglichen muss.

28 Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der

29 Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er
30 dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen
31 später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch
32 Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für
33 eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze
34 versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für
35 den Wirtschaftsstandort Deutschland.

36 Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO₂-Budget.
37 Dieses bezeichnet die CO₂-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht
38 werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten.
39 Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick
40 auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch
41 hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches
42 Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf
43 ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2
44 Gigatonnen CO₂. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten
45 Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu
46 überschreiten.

47 Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen
48 Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und
49 enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten
50 zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der
51 Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an,
52 möchten aber betonen, dass wir Länder des globalen Südens bei klimafreundlichen
53 Industrialisierungsbestrebungen unterstützen wollen. Klar ist aber auch:
54 Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur Ausrede für die
55 Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit Blick auf die
56 besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch viertgrößter Emittent
57 von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als reicher Staat, streben
58 wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis 2035 an.

59 **Was wir wollen**

60 **1. Sozialwende**

61 Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge
62 Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute
63 Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er
64 Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in
65 klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung
66 und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und
67 Ausbildungsplätze im ganzen Land.

68 Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der
69 Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen
70 strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein
71 lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern.
72 Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren
73 und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein
74 Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster
75 Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

76 Seit Anfang 2021 gibt es in Deutschland einen nationalen CO₂-Preis auf fossile
77 Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO₂
78 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro
79 Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem
80 Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

81 Die CO₂-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um
82 einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zusetzen und
83 Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten
84 verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
85 belastet. Das wollen wir ändern und den CO₂-Preis zu einem echten
86 Umverteilungsinstrument machen!

87 Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO₂-Preis bereits
88 ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und
89 möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut
90 Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO₂.
91 Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen
92 Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische
93 Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

94 Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre
95 Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO₂-Preises die
96 EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer
97 deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder
98 Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein
99 Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder
100 sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht
101 zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO₂-
102 Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur
103 sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

104 Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die
105 geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz
106 reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr.
107 Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von

108 der

109 Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde
110 damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

111 Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO₂-Preis mit
112 einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen
113 kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende,
114 die am meisten zur Klimakrise beitragen!

115 **2. Energiewende**

116 Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig
117 erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft,
118 des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100%
119 regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das
120 Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu
121 einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

122 Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische
123 Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende
124 sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören
125 nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere
126 Energiewende geschieht von Bürger*innenhand!

127 Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus
128 Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es
129 neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu
130 machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren
131 zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und
132 Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau
133 der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine
134 vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

135 Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die
136 Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken
137 und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie
138 für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht,
139 wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem
140 kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200
141 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen
142 mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von
143 erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der
144 Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind
145

146 wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine
147 Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft
dringend braucht.

148 Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die
149 Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität
150 oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um
151 einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen
152 wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über
153 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr
154 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien
155 orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den
156 Strombedarf

157 decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-
158 Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des
159 Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und
160 Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu
161 können.

162 Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu
163 können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des
164 Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne,
165 Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-
166 Wirtschaft an.

167 Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-
168 Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen,
169 Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und
170 Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug
171 vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG
172 und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das
173 macht es für Bürger*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver,
174 selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu
175 überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der
176 Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind
177 die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit
178 sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

179 Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der
180 nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren
181 Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt
182 Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen,
183 bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und

184 zu ökonomisch opportunen Kosten.

185 Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf
186 mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-
187 Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig
188 erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

189 Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich
190 mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und
191 Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden,
192 Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und
193 artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung
194 eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6
195 Monaten gelingen!

196 Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken,
197 wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess
198 ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende
199 vor allem die Kommunen profitieren.

200 Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern
201 verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus
202 Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die
203 Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung
204 geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam.
205 Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen,
206 braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss
207 sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich
208 angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen
209 Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus
210 Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen.
211 Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den
212 Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

213 Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es
214 deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in
215 Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig.
216 Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine
217 Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden
218 inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-,
219 Lärmschutzwall- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife
220 fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die
221 Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung
222 bei der Ausweisung erhalten.

223 Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet
224 auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett
225 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken
226 Anstieg des CO₂-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem
227 künftig schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von
228 Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr
229 wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

230 Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von
231 Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der
232 Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt,
233 gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien
234 und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten
235 Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

236 Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten
237 Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher
238 Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der
239 Energy Charta Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen
240 Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir
241 lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so
242 bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

243 Am Atomausstieg halten wir fest.

244 Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran.
245 Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass
246 fossil betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in
247 Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und
248 gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-
249 Windparks zuverlässig transportieren können.

250 Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem
251 Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen
252 flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu
253 verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau
254 intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits
255 bis 2025 erreichen.

256 Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind
257 "Teampoker:innen", ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig –
258 solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet
259 verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen,
260 wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der
261 Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf

262 abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In
263 Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe
264 Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu
265 teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im
266 großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung,
267 sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an,
268 gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die
269 Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

270 Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung,
271 den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von
272 Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase
273 sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

274 Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer
275 Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr
276 Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte
277 von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir
278 möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und
279 Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre
280 Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von
281 Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu
282 organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch
283 zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

284 **3. Wärmewende**

285 Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die
286 Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der
287 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit
288 Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen
289 möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz
290 festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu
291 einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist,
292 hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes
293 Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere
294 Zukunft!

295 Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante
296 Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die
297 energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien
298 beschleunigen.

299 Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von
300 fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-

301 Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der
302 Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

303 Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es
304 auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das
305 ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands
306 entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen
307 Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den
308 Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer
309 Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die
310 "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.
311 Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets
312 bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

313 Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte
314 Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten
315 wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO₂-Preis-bedingten
316 Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn
317 nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und
318 damit den CO₂-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer
319 Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

320 Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um
321 ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer
322 öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur
323 Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den
324 bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und
325 Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von
326 Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem
327 Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030
328 mindestens verdoppeln.

329 **4. Verkehrswende**

330 "Autogerecht" sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die
331 Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe
332 - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss
333 klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür
334 soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr
335 Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und
336 Dörfern.

337 Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für
338 Schiene, Straße und Wasserwege. Bisläng folgt er der Logik, dort auszubauen, wo
339 Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind

340 zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und
341 ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur
342 bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht
343 erreichen. Wir fordern deshalb einen "Klimacheck" für den
344 Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf
345 untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu
346 priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

347 Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr
348 zulassen – eine großer Herausforderung für das Automobilland Deutschland.
349 Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner
350 schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese
351 Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende
352 Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der
353 Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen,
354 Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess
355 mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus
356 Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der
357 "Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (kurz:
358 Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen
359 Verbrennerausstieg erarbeiten.

360 Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen
361 mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW
362 auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich
363 der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft
364 und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen,
365 da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von
366 Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung
367 vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum
368 Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV
369 stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen
370 Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend
371 Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterversorgt
372 Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und
373 Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

374 Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere
375 Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen
376 Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der
377 Vernetzung aller Bereiche des Energiesystem – wollen wir das volle Potenzial der
378 E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten
379 Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur
380 Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

381 Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren
382 Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und
383 Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft
384 ist elektrisch!

385 Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere
386 Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu
387 schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für
388 Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir
389 ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen,
390 Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

391 Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21.
392 Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören
393 lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich
394 angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020
395 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die
396 Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht
397 verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

398 Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren
399 Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches
400 Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken
401 reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir
402 zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit
403 Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car-
404 und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten
405 weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu
406 sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut
407 werden.

408 Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen
409 wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben
410 daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte
411 Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich
412 aufgestockt werden.

413 Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und
414 Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht
415 werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

416 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung
417 von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-
418 Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in
419 ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen

420 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-
421 Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren,
422 setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch
423 oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

424 Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn
425 Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder
426 Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die
427 Grundvoraussetzung von Teilhabe.

428 Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und
429 vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die
430 zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige
431 Mobilitätsoption an die Hand gibt.

432 Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle
433 ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr
434 Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst
435 entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der
436 Gemeinde festgelegt.

437 **5. Industriewende**

438 Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine
439 Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation
440 unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die
441 Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral
442 geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie
443 ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark
444 für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend
445 reagieren.

446 Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff
447 als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral
448 erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer
449 neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich
450 erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung
451 beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine
452 zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so
453 wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das
454 Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

455 Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen
456 nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu
457

458 gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte
459 verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen
Rahmenbedingungen geschaffen werden.

460 Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for
461 Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen
462 für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur
463 klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler
464 Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO₂-Äquivalente
465 festgelegt, die CO₂-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen
466 Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln
467 Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die
468 Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende
469 CO₂-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher
470 Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO₂-Vermeidungs- und
471 Transformationspotential gemessen werden.

472 Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein
473 lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine
474 Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die
475 Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur
476 wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie
477 Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind,
478 können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen
479 wirksam stoppen und umkehren.

480 Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine
481 entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die
482 Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die
483 Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem
484 Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das
485 nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

486 Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir
487 hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische
488 Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand
489 und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf
490 nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen
491 nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur
492 Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich
493 speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

494 Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt
495 werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem
496 Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans

497 einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem
498 Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-
499 recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

500 **6. Finanzwende**

501 An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese
502 industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt.
503 Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren
504 Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere
505 Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur
506 Klimaneutralität nicht gefährden!

507 Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales
508 Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz
509 zu tun, liegt im

510 Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind
511 das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig
512 Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte
513 Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten,
514 müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen
515 insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das
516 Dieselprivileg.

517 Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel
518 private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte
519 Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige
520 Geldanlagen definiert.

521 **7. Agrarwende**

522 Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa
523 ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die
524 Klimakrise durch CO₂-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie
525 gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen.
526 Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels
527 - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich.
528 Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb
529 dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher
530 Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50
531 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir
532 verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet
533 sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und
534 sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der
535 einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden

536 Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

537 Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der
538 Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende
539 umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch
540 hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden.
541 Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen,
542 welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und
543 schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für
544 öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es
545 gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht
546 nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für
547 Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an
548 Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang
549 zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-
550 basierte Startprämie.

551 Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die
552 oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die
553 Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die
554 Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der
555 Vergangenheit angehören.

556 Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend
557 pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb
558 zukünftig selbstverständlich sein.

559 Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen:
560 Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung
561 für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten
562 dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus
563 entkriminalisiert werden.

564 Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,
565 insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste
566 Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import
567 großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die
568 Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der
569 einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich
570 der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten
571 (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet
572 nicht nur ein artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven
573 Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotope und starke
574 Kohlenstoffsinken.

575 Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der
576 deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im
577 Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der
578 deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von
579 regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen
580 Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und
581 Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin
582 verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-
583 kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

584 Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere
585 Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des
586 ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche
587 bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt
588 sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20%
589 reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

590 Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft,
591 Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine
592 ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum
593 Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit
594 der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen
595 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen -
596 das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen
597 für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen
598 umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung
599 von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große
600 Mengen CO₂ frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa
601 verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von
602 Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche
603 ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart
604 werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikultur gelingen, also
605 die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen
606 Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als
607 Torfersatzstoff.

608 Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsene muss gesteigert und nicht noch
609 weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung
610 der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als
611 „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt
612 werden.

613 Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen
614 liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder
615 Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für

616 Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung),
617 den ländlichen Raum (durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und
618 die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des
619 Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen
620 umgewandelt werden.

621 Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima-
622 und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben
623 finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die
624 Einrichtung eines "Klimaretter:innen-Fonds", welcher die finanziellen Ausfälle
625 der Landwirt:innen kompensiert.

626 **8. Internationale Klimapolitik**

627 Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen
628 lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im
629 Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu
630 erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem
631 vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines
632 global noch verfügbaren CO₂-Budgets von 400Gt CO₂ (und Budgets für verschiedene
633 andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad
634 Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO₂-Ausstoß pro
635 Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen einhaltbar.

636 Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen.
637 Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an
638 verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die
639 Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu
640 verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in
641 ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der
642 Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad
643 Erderwärmung zusteuert.

644 Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf
645 Scholz die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen
646 sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche
647 Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu
648 schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

649 Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimaclubs sollten insbesondere
650 umfassen:

- 651 • gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur
652 Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur
653

Klimaneutralität bis spätestens 2050

- 654 • ein gemeinsames Emissionshandelssystem
- 655 • verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen
656 und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern,
657 Grünland, Mangroven und Meeren
- 658 • eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur
659 Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung
660 und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

661 Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die
662 bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen,
663 haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein
664 Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer
665 Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder
666 ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch
667 diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent
668 von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur
669 globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

670 Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst
671 schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des
672 globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
673 Deutschland bis 2035.

Begründung

Erfolgt mündlich.